



## Niederschrift

### 55. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 15.04.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:20 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Frau Birgit Morgenroth	SPD	bis 19:30 Uhr
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	Sitzungsleitung
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
-------------------------	-----------	--

##### sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	ab 18:15 Uhr
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	
Herr Björn Karl	FDP	
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat	
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	

##### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3	
---------------------------------	------------------------------------	--

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

##### sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	nicht entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	nicht entschuldigt

Herr Steffen Koczott	SPD	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	entschuldigt

#### **Gäste:**

Frau Magdolna Grasnack	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Wolfgang Hülsebeck	FB Feuerwehr
Frau Uta Kitzmann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Gregor Jekel	Bereich Wohnen
Frau Anne-Katrin Borns	Pflegestützpunkt
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.03.2014 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht über die Arbeit des Pflegestützpunktes
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Evaluation der Sozialarbeit im Bereich des Asylbewerberverfahrens  
gemäß Beschluss 13/SVV/0201  
14/SVV/0298  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit  
vorbehaltlich der Überweisung
- 5.2 Management Wohnen  
Vorlage: 14/SVV/0300  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 5.3 Zeitplan für die Erstellung des Maßnahme- und Umsetzungsplanes zur  
Bekämpfung von Kinderarmut in der LHP  
14/SVV/0304  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit  
vorbehaltlich der Überweisung
- 6 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Maike Dencker.

#### zu 1.1 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.03.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Dencker stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Bestätigung der Niederschrift vom 18.03.2014**

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

#### **Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Dencker weist darauf hin, dass die Mitteilungsvorlagen 14/SVV/0298 „Evaluation der Sozialarbeit im Bereich des Asylbewerberverfahrens“ (TOP 5.1) und 14/SVV/0304 „Zeitplan für die Erstellung des Maßnahme- und Umsetzungsplanes zur Bekämpfung von Kinderarmut in der Landeshauptstadt Potsdam“ (TOP 5.3) in der Stadtverordnetenversammlung am 07.04.2014 zur Kenntnis genommen wurden. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales kann sich aber im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes mit beiden Drucksachen befassen.

Herr Schultheiß und Frau Sudhoff sprechen sich dafür aus, beide Mitteilungsvorlagen zu beraten.

Anschließend bittet Frau Dencker um Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

#### zu 2 **Informationen der Verwaltung**

##### **Brand in einer WG für Demenzkranke**

Frau Müller-Preinesberger verweist auf Brand in einer WG für Demenzkranke am 13.04.2014 und macht deutlich, dass es bestimmte Kriterien bei derartigen Wohngemeinschaften gibt, die zu beachten sind, z.B. bei der Rettung der Bewohner\_innen in Gefahrensituationen. Sie betont, dass damit die betreuten Wohnformen nicht infrage gestellt werden sollen.

Herr Hülsebeck (FB Feuerwehr) schildert kurz die Situation und weist darauf hin, dass es viele Wohngemeinschaften in Potsdam gibt, die der Feuerwehr nicht bekannt sind, da diese rein privat organisiert sind. Dies würde den Einsatz aber wesentlich erleichtern, da sich die Rettungskräfte im Vorfeld auf die Situation einrichten können. Nach gegenwärtiger Rechtslage besteht jedoch keine Verpflichtung, sich bei der Feuerwehr zu melden. Auch eine Verpflichtung zur Installierung von Rauchmeldern und anderen baulichen Einrichtungen in Wohngemeinschaften besteht nicht. Hier muss gemeinsam nach einer Lösung im Sinne der Betroffenen und deren Nachbarn gesucht werden. Bereits der Einsatz von Rauchmeldern schafft durch die rechtzeitige Warnung ein Stück Sicherheit. Es ist zu empfehlen, Kontakt zur Feuerwehr aufzunehmen, um in einer Brandschau wichtige Hinweise zum Brandschutz geben zu können. Er betont, dass es nicht darum geht, diese Wohnform zu verhindern oder abzuschaffen. Wichtig ist, eine höhere Sicherheit für alle herzustellen.

Frau Müller-Preinesberger regt an, dafür zu werben, dass sich derartige Wohngemeinschaften bei der Feuerwehr melden und dies in der Leitstelle hinterlegt wird.

### **Aktuelle Information zum Bildungs- und Teilhabepaket**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass durch das BMAS beabsichtigt wird, alle Länder, außer Hamburg, von dem HKR-Verfahren auszuschließen und die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft einzustellen. Hintergrund ist die Auffassung des BMAS, dass zu viel ausgereichte BuT-Mittel aus dem Jahr 2012 an den Bund zurückgezahlt werden sollen.

Somit sollen im April gar keine Bundesmittel und im Mai nur ein Teil der Bundesmittel ausgereicht werden. Sowohl der Städte- und Gemeindebund Brandenburg sowie der Deutsche Städtetag opponieren dagegen.

### **Suppenküche**

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass der Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS) auch die Kosten für den Neubau Suppenküche beinhaltet. Es wird davon ausgegangen, dass die Kommunalaufsicht der Kreditaufnahme für Neubau zustimmt. Der KIS ist beauftragt, bereits jetzt alle Vorbereitungen in die Wege zu leiten.

Sie geht davon aus, dass der Bescheid der Kommunalaufsicht im Sommer 2014 vorliegt. Parallel wird bereits das Ausschreibungsverfahren vorbereitet.

Das Ausschreibungsverfahren kann erst mit Genehmigung der Kommunalaufsicht begonnen werden. Die Suppenküche verbleibt bis dahin am derzeitigen Übergangsort in der Benkertstraße. Die Versorgung der Menschen wird bis zum Umzug in den Neubau über die Cateringgesellschaft des Klinikums „Ernst von Bergmann“ sichergestellt.

## **zu 3      Berichte aus den Beiräten**

## **Beirat für Menschen mit Behinderung**

Der Bericht des Beirates für Menschen mit Behinderung liegt zusammen mit dem Tätigkeitsbericht 2009 – 2014 allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Frau Müller-Preinesberger weist bezüglich Parkerleichterung für Pflegedienste darauf hin, dass die Pflegedienste gebietsbezogene Ausnahmegenehmigung für ihre Dienstfahrzeuge beantragen können. Dies wird von einigen Pflegediensten bereits genutzt.

Auf Nachfrage macht sie deutlich, dass eine grundsätzliche Gebührenbefreiung nicht möglich ist, da dies dann auch für Handwerker und Hebammen etc. gelten müsste.

## **Migrantenbeirat**

Frau Kindelberger berichtet über die letzte Sitzung des Migrantenbeirates am 25.03.2014. Für die Wahl des neuen Migrantenbeirates stehen 23 Kandidat\_innen zur Verfügung, von denen 20 einen Migrationshintergrund haben. Die Wahlvorbereitungen sind in vollem Gange.

### **zu 4 Bericht über die Arbeit des Pflegestützpunktes**

Frau Borns (Pflegestützpunkt) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Pflegestützpunkt Potsdam vor.

Auf den Hinweis, dass auch pflegende Angehörige Unterstützung benötigen, macht Frau Borns deutlich, dass derzeit versucht wird, über die AOK Schulungen zu organisieren. Es erfolgt auch Beratung von Angehörigen und gibt Angebote zur Entlastung von Angehörigen wie Tages- oder Nachtpflege sowie Vermittlung von Pflegediensten und Gespräche.

Frau Kitzmann (FB Soziales und Gesundheit) ergänzt, dass der Pflegestützpunkt durch Steuerungskreis, bestehend aus Vertretern von IKK und LHP, geleitet wird. Zur Anregung von Frau Dr. Herzel, auch Sprechstunden in den Sozialräumen /Ballungsgebieten durchzuführen, macht sie deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier sehr offen ist und sich derzeit in einem Diskussionsprozess befindet, um die Beratungstätigkeit zu verbessern.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass der Zulauf im Pflegestützpunkt sehr gestiegen ist. Beide Mitarbeiterinnen sind sehr ausgelastet. Deshalb ist eine aufsuchende Arbeit in Form von Sprechstunden vor Ort mit zwei Mitarbeiterinnen nicht zu leisten.

Die LHP hat mit der IKK in einem gemeinsamen Termin und vorliegenden Zahlen betrachtet und ausgewertet. Leider waren bisher die Bemühungen der LHP, das Angebot jeweils um eine halbe Stelle zu erweitern, nicht erfolgreich. Dies wurde zum Anlass genommen, um an den zuständigen Minister zu schreiben und auf die Situation hinzuweisen. Die Landeshauptstadt Potsdam ist nach wie vor bereit, ihren Part zu leisten.

Frau Borns weist darauf hin, dass auch Hausbesuche angeboten und auf Wunsch realisiert werden. Pro Hausbesuch werden ca. 3 Stunden eingeplant, da auch immer eine Wegezeit eingerechnet werden muss.

Frau Dencker spricht sich dafür aus, die LHP hier zu unterstützen. Sie regt an, dass der Pflegestützpunkt bei Kenntnis über Wohngruppen mit Pflegebedürftigen

auch die Feuerwehr informiert.

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Evaluation der Sozialarbeit im Bereich des Asylbewerberverfahrens gemäß Beschluss 13/SVV/0201**

**Vorlage: 14/SVV/0298**

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und verweist auf die auf Seite 41 dargestellten Ausblicke.

Auf Nachfrage von Frau Dencker bezüglich eines Masterplans erklärt sie, dass zunächst die Akteure von Ort gefragt sind. Sie teilt mit, dass im Jahr 2015 ein Fachtag durchgeführt werden soll.

Frau Kindelberger weist darauf hin, dass in Zukunft viele Themen bearbeitet werden müssen, die bisher noch nicht notwendig waren.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

### **zu 5.2        Management Wohnen**

**Vorlage: 14/SVV/0300**

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und erläutert diese kurz.

Sie weist darauf hin, dass die einberufenen Gremien die Priorisierung vornehmen.

Die Landeshauptstadt Potsdam benötigt Informationen, welche Wohnungen zur Verfügung stehen. Diese Zusage gibt es lediglich von der Pro Potsdam. Andere Vermieter sind nicht bereit, der LHP diese Informationen zu geben. Auch über Wohnraumanpassungen erhalten die Sozialhilfeträger keine Informationen, da es keine Verpflichtung gibt.

Die geforderte Stelle macht nur Sinn, wenn dort die entsprechenden Informationen zusammenlaufen. Sie weist darauf hin, dass bereits vieles getan wird.

Auf den Hinweis von Frau Sudhoff, dass alle im Arbeitskreis Stadtspuren vertretenen Unternehmen sowie Kirsch und Drechsler Hausbau signalisiert haben, die entsprechenden Informationen zu liefern, macht Frau Müller-Preinesberger deutlich, dass die Genossenschaften vorrangig ihre Mitglieder versorgen, da sie sonst gegen ihre Satzungen verstoßen.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) ergänzt, dass sich das Inklusionsgremium mit dem Thema befassen sollte. Der unterschiedliche Bedarf an Beratungsangeboten ist erkannt. Der Wohnen verfügt über eine ganze Reihe an Informationen über Wohnungen, die zur Verfügung stehen. Der Bereich ist für alle weiteren Hinweise dankbar und koordiniert dies gern.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 5.3      Zeitplan für die Erstellung des Maßnahme- und Umsetzungsplanes zur  
Bekämpfung von Kinderarmut in der LHP  
14/SVV/0304**

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Mitteilungsvorlage ein und verweist auf die dargestellte Zeitschiene.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 6            Informationen der Ausschussmitglieder / Termine**

Frau Kindelberger berichtet, dass der Migrantenbeirat gemeinsam mit der Ausländerbehörde im Rahmen des Modellprojektes „Ausländerbehörden – Willkommensbehörden“ ein großes Plakat mit einem Willkommensgruß in vielen verschiedenen Sprachen entworfen hat. Das Plakat wird am 30. April 2014 in der Ausländerbehörde angebracht. Sie lädt alle Ausschussmitglieder dazu ein.

**Maike Dencker**  
stellv. Ausschussvorsitzende

**Martina Spyra**  
Schriftführerin